

# Inhaltsübersicht

## *Kapitel 1*

<b>Einleitung</b>	25
§ 1 Politischer und rechtlicher Hintergrund .....	27
§ 2 Problemaufriss .....	34
§ 3 Stand von Literatur und Forschung .....	37
§ 4 Ziel und Gang der Untersuchung .....	41

## *Kapitel 2*

### **Rechtlicher Rahmen der Investitionskontrolle**

	42
§ 1 Rechtsrahmen durch die nationalen Vorschriften .....	42
A. Die Entstehungsgeschichte der nationalen Vorschriften .....	42
B. Die Investitionskontrolle nach den aktuellen Vorschriften des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung .....	51
C. Die Investitionskontrolle bei Medienunternehmen (§ 55a Abs. 1 Nr. 6 AWV) ...	106
§ 2 Rechtsrahmen durch die europäischen Vorschriften .....	114
A. Anlass und Hintergründe einer Etablierung der Screening-Verordnung .....	115
B. Wesentlicher Regelungsgehalt der Screening-Verordnung .....	119
C. Verhältnis und Auswirkungen der Screening-Verordnung auf die nationalen Verfahrensregelungen .....	132
D. Regelungsbedarfe für den deutschen Gesetz- und Verordnungsgeber infolge der Einführung der Screening-Verordnung .....	134
§ 3 Einordnung der nationalen Entwicklung anhand eines Überblicks zu den Rechtsrahmen der Investitionskontrolle im internationalen Vergleich .....	135
A. Rechtsrahmen der Investitionskontrolle in den Niederlanden .....	137
B. Rechtsrahmen der Investitionskontrolle in Frankreich .....	141
C. Rechtsrahmen der Investitionskontrolle in Österreich .....	144
D. Rechtsrahmen der Investitionskontrolle im Vereinigten Königreich .....	148
E. Rechtsrahmen der Investitionskontrolle in den Vereinigten Staaten von Amerika	152
F. Exkurs: Das polnische Mediengesetz .....	156

*Kapitel 3*

<b>Vereinbarkeit der deutschen Investitionskontrollvorschriften mit dem nationalen Verfassungsrecht</b>	160
§ 1 Grundrechtsberechtigung der betroffenen Unternehmen gem. Art. 19 Abs. 3 GG . . . . .	163
A. Grundrechtsberechtigung des Ziel- und des Anteilseignerunternehmens . . . . .	164
B. Fehlende Grundrechtsberechtigung des Erwerbsunternehmens mangels Inländer-eigenschaft . . . . .	167
§ 2 Mögliche Grundrechtsverletzung des Zielunternehmens durch die Meldepflicht (§ 55a Abs. 4 Satz 1 AWV) . . . . .	169
A. Vereinbarkeit der Meldepflicht mit Art. 14 Abs. 1 GG . . . . .	169
B. Vereinbarkeit der Meldepflicht mit Art. 12 Abs. 1 GG . . . . .	181
C. Spezieller Bereich der Medienunternehmen: Vereinbarkeit der Meldepflicht mit Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Var. 1 und Var. 2 GG . . . . .	184
D. Vereinbarkeit der Meldepflicht mit Art. 2 Abs. 1 GG . . . . .	191
§ 3 Grundrechtsverletzung des Zielunternehmens durch die prüfverfahrensrechtlichen Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen . . . . .	193
A. Verletzung des Art. 14 Abs. 1 GG durch die gesetzesunmittelbaren Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen . . . . .	194
B. Verletzung des Art. 12 Abs. 1 GG durch die gesetzesunmittelbaren Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen . . . . .	266
C. Spezieller Bereich der Medienunternehmen: Verletzung des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Var. 1 und Var. 2 GG durch die gesetzesunmittelbaren Verbote, die Einreichungs- pflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen . . . . .	273
§ 4 Grundrechtsverletzung des Zielunternehmens durch die Untersagungs- und die An- ordnungsermächtigung (§ 59 Abs. 1 Alt. 1 und Alt. 2 AWV) . . . . .	282
A. Verletzung des Art. 14 Abs. 1 GG durch die Untersagungs- und die Anordnungs- ermächtigung . . . . .	282
B. Verletzung des Art. 12 Abs. 1 GG durch die Untersagungs- und die Anordnungs- ermächtigung . . . . .	309
C. Spezieller Bereich der Medienunternehmen: Verletzung des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Var. 1 und Var. 2 GG durch die Untersagungs- und die Anordnungsermächtigung	310
§ 5 Grundrechtsverletzung des Anteilseignerunternehmens durch die deutschen Investi- tionskontrollvorschriften, insb. auch durch § 15 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 AWG . . . . .	312
§ 6 Zwischenergebnisse zur Vereinbarkeit der deutschen Investitionskontrollvorschriften mit dem nationalen Verfassungsrecht . . . . .	315

*Kapitel 4***Vereinbarkeit der deutschen Investitionskontrollvorschriften  
mit dem europäischen Unionsrecht**

317

§ 1 Mögliche Unionsrechtsverletzung durch die Meldepflicht (§ 55a Abs. 4 Satz 1 AWV)	319
A. Vereinbarkeit der Meldepflicht mit den Unionsgrundrechten .....	320
B. Vereinbarkeit der Meldepflicht mit der Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 63 Abs. 1 AEUV) .....	335
§ 2 Unionsrechtsverletzung durch die prüfverfahrensrechtlichen Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen .....	342
A. Schutzbereichsbetroffenheit der Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 63 Abs. 1 AEUV) .....	342
B. Die gesetzesunmittelbaren Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen als Eingriffe in die Kapitalverkehrsfreiheit .....	359
C. Unmöglichkeit einer unionsrechtlichen Rechtfertigung der gesetzesunmittelbaren Verbote, der Einreichungspflicht und der Verwaltungsakt-Ermächtigungen .....	361
§ 3 Unionsrechtsverletzung durch die Untersagungs- und die Anordnungsermächtigung (§ 59 Abs. 1 Alt. 1 und Alt. 2 AWV) .....	382
A. Schutzbereichsbetroffenheit der Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 63 Abs. 1 AEUV) .....	382
B. Die Untersagungs- und die Anordnungsermächtigung als Eingriffe in die Kapitalverkehrsfreiheit .....	382
C. Unmöglichkeit einer unionsrechtlichen Rechtfertigung der Untersagungs- und der Anordnungsermächtigung .....	383
§ 4 Zwischenergebnisse zur Vereinbarkeit der deutschen Investitionskontrollvorschriften mit dem europäischen Unionsrecht .....	388

*Kapitel 5***Fazit und Ausblick**

390

§ 1 Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse in Thesen .....	390
§ 2 Handlungsempfehlungen für Unternehmen in der Praxis .....	395
§ 3 Reformvorschläge für die aktuellen Vorschriften des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung .....	399

<b>Literaturverzeichnis</b> .....	408
-----------------------------------	-----

<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	456
-----------------------------------	-----

# Inhaltsverzeichnis

<i>Kapitel 1</i>	
<b>Einleitung</b>	<b>25</b>
§ 1 Politischer und rechtlicher Hintergrund .....	27
§ 2 Problemaufriss .....	34
§ 3 Stand von Literatur und Forschung .....	37
§ 4 Ziel und Gang der Untersuchung .....	41
<i>Kapitel 2</i>	
<b>Rechtlicher Rahmen der Investitionskontrolle</b>	<b>42</b>
§ 1 Rechtsrahmen durch die nationalen Vorschriften .....	42
A. Die Entstehungsgeschichte der nationalen Vorschriften .....	42
B. Die Investitionskontrolle nach den aktuellen Vorschriften des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung .....	51
I. Die Beschränkungsmöglichkeiten für Unternehmenserwerbe nach §§ 4f. AWG .....	51
II. Die sektorübergreifende Prüfung i.S.v. §§ 55 ff. AWV .....	52
1. Der Begriff „sektorübergreifende Prüfung“ .....	52
2. Der Anwendungsbereich gem. § 55 Abs. 1 AWV .....	53
a) Erwerb eines inländischen Unternehmens oder Erwerb einer Beteiligung .....	54
aa) Der Begriff „inländisches Unternehmen“ .....	54
bb) Unmittelbarer oder mittelbarer Erwerb eines inländischen Unternehmens .....	55
cc) Unmittelbarer oder mittelbarer Erwerb einer Beteiligung (§ 56 AWV) .....	58
(1) Unmittelbarer Erwerb einer Beteiligung (§ 56 Abs. 1 AWV) .....	59
(2) Die Erfassung von Hinzuerwerben (§ 56 Abs. 2 AWV) .....	59
(3) Die Erfassung atypischer Kontrollerwerbe (§ 56 Abs. 3 AWV) .....	61
(4) Die Zurechnung von Stimmrechten Dritter (§ 56 Abs. 4 AWV) .....	62
(5) Mittelbarer Erwerb einer Beteiligung (§ 56 Abs. 5 AWV) .....	64
b) Die prüfungsbetroffenen Erwerber .....	64
aa) Der Begriff „Unionsfremdheit“ (§ 55 Abs. 1 AWV) .....	64

bb) Missbräuchliche Gestaltung oder Umgehungsgeschäft (§ 55 Abs. 2 AWV) .....	65
c) Die außenwirtschaftsrechtlichen Schutzgüter .....	67
aa) Der Generaltatbestand „öffentliche Ordnung oder Sicherheit“ (§ 55 Abs. 1 AWV) .....	67
bb) Die regelbeispielartige Aufzählung der bei der Überprüfung zu berücksichtigenden Merkmale des Zielunternehmens (§ 55a Abs. 1 AWV) .....	70
cc) Die regelbeispielartige Aufzählung der bei der Überprüfung zu berücksichtigenden Merkmale des Erwerbers (§ 55a Abs. 3 AWV) ..	77
d) Der Prüfmaßstab „voraussichtliche Beeinträchtigung“ außenwirtschaftlicher Schutzgüter (§ 55 Abs. 1 AWV) .....	79
3. Die verfahrensbezogenen Folgen einer Eröffnung des Anwendungsbereichs gem. § 55 Abs. 1 AWV .....	82
a) Das Verfahren von BMWK, weiteren Bundesministerien und der Bundesregierung .....	83
aa) Das Verfahren der Investitionsprüfung gem. § 55 Abs. 1, Abs. 3 AWV .....	83
(1) Meldepflicht (§ 55a Abs. 4 Satz 1 AWV) .....	84
(2) Erste Phase: Entscheidung über die Eröffnung des Prüfverfahrens (§ 55 Abs. 3 AWV) .....	86
(3) Zweite Phase: Vertiefte Prüfung (§ 55 Abs. 1 AWV) .....	87
bb) Die verfahrensabschließende Entscheidung .....	91
(1) Freigabe des Erwerbs (§ 58a Abs. 1 AWV) .....	92
(2) Untersagung des Erwerbs (§ 59 Abs. 1 Alt. 1 AWV) .....	93
(3) Erlass von Anordnungen (§ 59 Abs. 1 Alt. 2 AWV) .....	95
b) Die verfahrensbezogenen Folgen auf Seiten der Erwerbsbeteiligten ..	97
aa) Auflösende Bedingung für die Wirksamkeit des schuldrechtlichen Rechtsgeschäfts (§ 15 Abs. 2 AWG) und Vollzugsverbot (§ 15 Abs. 3 AWG) .....	98
bb) Handlungsverbote (§ 15 Abs. 4 AWG) .....	100
cc) Ausnahmen von den Vollzugsbeschränkungen für Rechtsgeschäfte mit Wertpapieren (§ 59a AWV) .....	102
dd) Einreichungspflicht und Verwaltungsakt-Ermächtigungen (§ 14a Abs. 2 AWG) .....	104
ee) Drohende strafrechtliche und bußgeldliche Sanktionen .....	105
C. Die Investitionskontrolle bei Medienunternehmen (§ 55a Abs. 1 Nr. 6 AWV) ..	106
I. Die Branche „Medienunternehmen“ .....	106
II. Anlass und Hintergründe einer Einbeziehung von Medienunternehmen in den Regelbeispieldiskatalog .....	110
§ 2 Rechtsrahmen durch die europäischen Vorschriften .....	114
A. Anlass und Hintergründe einer Etablierung der Screening-Verordnung .....	115

B. Wesentlicher Regelungsgehalt der Screening-Verordnung .....	119
I. Rahmenbedingungen für die optionalen Überprüfungsmechanismen der Mitgliedstaaten .....	120
II. Anwendungsbereich der Screening-Verordnung .....	121
1. Der Begriff „ausländische Direktinvestition“ (Art. 2 Nr. 1 ScreeningVO) .....	121
2. Die prüfungsbetroffenen Erwerber .....	122
3. Die außenwirtschaftsrechtlichen Schutzgüter .....	122
a) Der Generaltatbestand „Sicherheit oder öffentliche Ordnung“ (Art. 1 Abs. 1 Satz 1 ScreeningVO) .....	122
b) Die regelbeispielartige Aufzählung der bei der Überprüfung zu berücksichtigenden Merkmale des Zielunternehmens (Art. 4 Abs. 1 ScreeningVO) .....	123
c) Die regelbeispielartige Aufzählung der bei der Überprüfung zu berücksichtigenden Merkmale des Erwerbers (Art. 4 Abs. 2 ScreeningVO) .....	124
4. Der Prüfmaßstab „voraussichtliche Beeinträchtigung“ außenwirtschaftsrechtlicher Schutzgüter (Art. 4 ScreeningVO) .....	125
III. Die jährliche Berichterstattung (Art. 5 ScreeningVO) .....	125
IV. Kooperationsmechanismus zur Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission (Art. 6 ff. ScreeningVO) .....	126
1. Mechanismus im Zusammenhang mit überprüften Direktinvestitionen .....	126
2. Mechanismus im Zusammenhang mit nicht überprüften Direktinvestitionen .....	130
3. Mechanismus bei voraussichtlicher Beeinträchtigung von Projekten oder Programmen von Unionsinteresse .....	131
C. Verhältnis und Auswirkungen der Screening-Verordnung auf die nationalen Verfahrensregelungen .....	132
D. Regelungsbedarfe für den deutschen Gesetz- und Verordnungsgeber infolge der Einführung der Screening-Verordnung .....	134
§ 3 Einordnung der nationalen Entwicklung anhand eines Überblicks zu den Rechtsrahmen der Investitionskontrolle im internationalen Vergleich .....	135
A. Rechtsrahmen der Investitionskontrolle in den Niederlanden .....	137
B. Rechtsrahmen der Investitionskontrolle in Frankreich .....	141
C. Rechtsrahmen der Investitionskontrolle in Österreich .....	144
D. Rechtsrahmen der Investitionskontrolle im Vereinigten Königreich .....	148
E. Rechtsrahmen der Investitionskontrolle in den Vereinigten Staaten von Amerika .....	152
F. Exkurs: Das polnische Mediengesetz .....	156

*Kapitel 3***Vereinbarkeit der deutschen Investitionskontrollvorschriften  
mit dem nationalen Verfassungsrecht**

160

§ 1 Grundrechtsberechtigung der betroffenen Unternehmen gem. Art. 19 Abs. 3 GG ...	163
A. Grundrechtsberechtigung des Ziel- und des Anteilseignerunternehmens .....	164
I. Das Ziel- und das Anteilseignerunternehmen als juristische Personen .....	164
II. Die Inländereigenschaft des Ziel- und des Anteilseignerunternehmens .....	165
III. Die wesengemäße Anwendbarkeit der möglicherweise verletzten Grundrechte auf das Ziel- und das Anteilseignerunternehmen .....	166
B. Fehlende Grundrechtsberechtigung des Erwerbsunternehmens mangels Inländereigenschaft .....	167
§ 2 Mögliche Grundrechtsverletzung des Zielunternehmens durch die Meldepflicht (§ 55a Abs. 4 Satz 1 AWV) .....	169
A. Vereinbarkeit der Meldepflicht mit Art. 14 Abs. 1 GG .....	169
I. Sachliche Schutzbereichsbetroffenheit der Eigentumsfreiheit .....	169
II. Keine Eigentumsrelevanz der Meldepflicht .....	172
1. Kein Enteignungscharakter der Meldepflicht in Abgrenzung zur Inhalts- und Schrankenbestimmung .....	172
2. Kein Eingriff in die Eigentumsfreiheit, insb. unter Berücksichtigung der Figur kumulativer Grundrechtseingriffe .....	174
B. Vereinbarkeit der Meldepflicht mit Art. 12 Abs. 1 GG .....	181
I. Sachliche Schutzbereichsbetroffenheit der Berufsausübungsfreiheit .....	181
II. Kein Eingriff in die Berufsausübungsfreiheit .....	183
C. Spezieller Bereich der Medienunternehmen: Vereinbarkeit der Meldepflicht mit Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Var. 1 und Var. 2 GG .....	184
I. Sachliche Schutzbereichsbetroffenheit der Presse- und Rundfunkfreiheit .....	184
II. Kein Ausgestaltungscharakter der Meldepflicht in Abgrenzung zu einem Eingriff in die Presse- und Rundfunkfreiheit .....	188
D. Vereinbarkeit der Meldepflicht mit Art. 2 Abs. 1 GG .....	191
§ 3 Grundrechtsverletzung des Zielunternehmens durch die prüfverfahrensrechtlichen Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen .....	193
A. Verletzung des Art. 14 Abs. 1 GG durch die gesetzesunmittelbaren Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen .....	194
I. Sachliche Schutzbereichsbetroffenheit der Eigentumsfreiheit .....	194
1. Grundsätzliche Betroffenheit des sachlichen Schutzbereichs von Art. 14 Abs. 1 GG .....	194
2. Der Schutz des eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebs als spezielle Ausprägung des Art. 14 Abs. 1 GG? .....	196
3. Idealkonkurrenz des sachlichen Schutzbereichs von Art. 14 Abs. 1 GG zu Art. 12 Abs. 1 GG .....	198

II. Die gesetzesunmittelbaren Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen als eigentumsrelevante Maßnahmen .....	200
III. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung der gesetzesunmittelbaren Verbote, der Einreichungspflicht und der Verwaltungsakt-Ermächtigungen? .....	204
1. Wahrung des einfachen Gesetzesvorhalts als Einschränkungsmöglichkeit der Eigentumsfreiheit durch § 15 Abs. 3 Satz 1 AWG, § 15 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 und Nr. 4 AWG und § 14a Abs. 2 AWG .....	205
2. § 15 Abs. 3 Satz 1 AWG als verfassungswidrige Konkretisierung der Einschränkungsmöglichkeit der Eigentumsfreiheit .....	205
a) Einwand tatbestandlicher Unbestimmtheit des Vollzugsverbots .....	205
aa) Grundsätzliche Anforderungen des rechtsstaatlichen Bestimmtheitsgebots .....	206
bb) Einwand tatbestandlicher Unbestimmtheit des Vollzugsverbots im allgemeinen Bereich der sektorübergreifenden Prüfung .....	208
cc) Einwand tatbestandlicher Unbestimmtheit des Vollzugsverbots speziell bei Medienunternehmen .....	210
b) Unverhältnismäßigkeit des Vollzugsverbots .....	213
aa) Legitime Ziele des Prüfverfahrens einschließlich des Vollzugsverbots .....	214
(1) Legitime Ziele im allgemeinen Bereich der sektorübergreifenden Prüfung des Erwerbs eines sicherheitsrelevanten zivilen Unternehmens .....	215
(2) Speziell bei Medienunternehmen: Schutz der Pressefreiheit, der freien Berichterstattung und der Medienpluralität .....	223
bb) Eignung des Vollzugsverbots zur Erreichung der legitimen Ziele ..	229
cc) Erforderlichkeit des Vollzugsverbots zur Erreichung der legitimen Ziele .....	229
(1) Milderes Mittel: Anwendungsbezogene und zeitliche Entkoppelung des Vollzugsverbots vom Prüfverfahren .....	230
(2) Milderes Mittel: Kürzere Fristen als sechs Monate ohne mögliche Fristverlängerung .....	231
(3) Milderes Mittel: Zeitliche Grenze für die Fristenhemmung ..	234
dd) Unangemessenheit des Vollzugsverbots .....	236
(1) Abstrakte Bewertung der vom Vollzugsverbot betroffenen Eigentumsfreiheit sowie der Schutzgüter „öffentliche Ordnung oder Sicherheit“ und Intensität der Grundrechtsbeschränkung .....	236
(2) Konkrete Abwägung der vom Vollzugsverbot betroffenen Eigentumsfreiheit und der Schutzgüter „öffentliche Ordnung oder Sicherheit“ .....	238
(a) Mögliche Unangemessenheit des Vollzugsverbots wegen seiner Geltung ab dem Erwerb einer zehnprozentigen Beteiligung an Unternehmen gem. § 55a Abs. 1 Nr. 1 bis Nr. 7 AWV, insb. bei Medienunternehmen .....	239

(b) Mögliche Unangemessenheit des Vollzugsverbots mangels einer Verhältnismäßigkeitsanweisung für die Prüfverfahrenslänge unter Berücksichtigung der Beteiligungsschwelle	251
(c) Mögliche Unangemessenheit des Vollzugsverbots wegen einer potenziellen Abstandnahme des Erwerbsunternehmens vom Erwerb .....	252
(d) Unangemessenheit des Vollzugsverbots mangels einer Befreiungsmöglichkeit .....	255
3. § 15 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 und Nr. 4 AWG als verfassungswidrige Konkretisierung der Einschränkungsmöglichkeit der Eigentumsfreiheit .....	257
a) Einwand tatbestandlicher Unbestimmtheit der Handlungsverbote .....	257
b) Unverhältnismäßigkeit der Handlungsverbote, insb. Unangemessenheit .....	260
4. § 14a Abs. 2 AWG als verfassungswidrige Konkretisierung der Einschränkungsmöglichkeit der Eigentumsfreiheit .....	263
<b>B. Verletzung des Art. 12 Abs. 1 GG durch die gesetzesunmittelbaren Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen .....</b>	<b>266</b>
I. Sachliche Schutzbereichsbetroffenheit der Berufsausübungsfreiheit .....	266
1. Grundsätzliche Betroffenheit des sachlichen Schutzbereichs von Art. 12 Abs. 1 GG .....	266
2. Spezieller Bereich der Medienunternehmen: Spezialität des sachlichen Schutzbereichs von Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG zu Art. 12 Abs. 1 GG .....	267
II. Die gesetzesunmittelbaren Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen als Eingriffe in die Berufsausübungsfreiheit .....	269
III. Unmöglichkeit einer verfassungsrechtlichen Rechtfertigung der gesetzesunmittelbaren Verbote, der Einreichungspflicht und der Verwaltungsakt-Ermächtigungen, insb. unter Beachtung der „Dreistufentheorie“ .....	270
<b>C. Spezieller Bereich der Medienunternehmen: Verletzung des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Var. 1 und Var. 2 GG durch die gesetzesunmittelbaren Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen .....</b>	<b>273</b>
I. Sachliche Schutzbereichsbetroffenheit der Presse- und Rundfunkfreiheit .....	274
II. Die gesetzesunmittelbaren Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen als Ausgestaltungen der Presse- und Rundfunkfreiheit .....	274
III. Unmöglichkeit einer verfassungsrechtlichen Rechtfertigung der gesetzesunmittelbaren Verbote, der Einreichungspflicht und der Verwaltungsakt-Ermächtigungen .....	275
1. Unanwendbarkeit des qualifizierten Gesetzesvorbehalts für Ausgestaltungen der Presse- und Rundfunkfreiheit .....	276
2. § 15 Abs. 3 Satz 1 AWG, § 15 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 und Nr. 4 AWG und § 14a Abs. 2 AWG als verfassungswidrige Ausgestaltungen der Presse- und Rundfunkfreiheit .....	277
a) Wahrung der Anforderungen des für Ausgestaltungen des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Var. 1 und Var. 2 GG geltenden Parlamentsvorbehalts .....	278

b) Einwand tatbestandlicher Unbestimmtheit der gesetzesunmittelbaren Verbote, der Einreichungspflicht und der Verwaltungsakt-Ermächtigungen trotz milderer Rechtfertigungsanforderungen .....	279
c) Unverhältnismäßigkeit der gesetzesunmittelbaren Verbote, Verhältnismäßigkeit der Einreichungspflicht und der Verwaltungsakt-Ermächtigungen trotz milderer Rechtfertigungsanforderungen .....	280
§ 4 Grundrechtsverletzung des Zielunternehmens durch die Untersagungs- und die Anordnungsermächtigung (§ 59 Abs. 1 Alt. 1 und Alt. 2 AWV) .....	282
A. Verletzung des Art. 14 Abs. 1 GG durch die Untersagungs- und die Anordnungsermächtigung .....	282
I. Sachliche Schutzbereichsbetroffenheit der Eigentumsfreiheit .....	282
II. Die Untersagungs- und die Anordnungsermächtigung als eigentumsrelevante Maßnahmen .....	283
III. Unmöglichkeit einer verfassungsrechtlichen Rechtfertigung der Untersagungs- und der Anordnungsermächtigung .....	284
1. Einwand tatbestandlicher Unbestimmtheit der Untersagungs- und der Anordnungsermächtigung .....	284
2. Unverhältnismäßigkeit der Untersagungsermächtigung .....	286
a) Legitime Ziele und Eignung der Untersagungsermächtigung zur Erreichung der legitimen Ziele .....	286
b) Erforderlichkeit der Untersagungsermächtigung zur Erreichung der legitimen Ziele .....	287
aa) Milderes Mittel: Anordnungsermächtigung .....	288
bb) Milderes Mittel: Weiterer Abschluss von Abkommen mit Drittstaaten .....	289
cc) Milderes Mittel: Untersagungsermächtigung lediglich gegenüber bestimmten Erwerbergruppen .....	291
dd) Milderes Mittel: Aktive staatliche Beteiligungen an sicherheitsrelevanten zivilen Unternehmen .....	292
ee) Milderes Mittel speziell bei Medienunternehmen: Erhöhte Finanzierung öffentlich-rechtlicher Medien .....	294
ff) Milderes Mittel speziell bei Medienunternehmen: Weitere Etablierung von Faktenchecks und umfangreichere Sachaufklärung der Bevölkerung .....	297
c) Unangemessenheit der Untersagungsermächtigung wegen des niedrigen Prüfmaßstabs „voraussichtliche Beeinträchtigung“ .....	299
3. Unverhältnismäßigkeit der Anordnungsermächtigung .....	306
B. Verletzung des Art. 12 Abs. 1 GG durch die Untersagungs- und die Anordnungsermächtigung .....	309
C. Spezieller Bereich der Medienunternehmen: Verletzung des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Var. 1 und Var. 2 GG durch die Untersagungs- und die Anordnungsermächtigung .....	310
§ 5 Grundrechtsverletzung des Anteilseignerunternehmens durch die deutschen Investitionskontrollvorschriften, insb. auch durch § 15 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 AWG .....	312

§ 6 Zwischenergebnisse zur Vereinbarkeit der deutschen Investitionskontrollvorschriften mit dem nationalen Verfassungsrecht .....	315
---	-----

*Kapitel 4*

**Vereinbarkeit der deutschen Investitionskontrollvorschriften mit dem europäischen Unionsrecht** 317

§ 1 Mögliche Unionsrechtsverletzung durch die Meldepflicht (§ 55a Abs. 4 Satz 1 AWV)	319
A. Vereinbarkeit der Meldepflicht mit den Unionsgrundrechten .....	320
I. Anwendungsbereichseröffnung der Grundrechtecharta (Art. 51 Abs. 1 Satz 1 Alt. 2 GRCh) .....	321
II. Unanwendbarkeit der Unionsgrundrechte unter Berücksichtigung ihres Verhältnisses zu den nationalen Grundrechten .....	322
1. Bestimmung der Kriterien für eine Bindung der Mitgliedstaaten an die Unionsgrundrechte .....	322
2. Unanwendbarkeit der Unionsgrundrechte konkret im Bereich der sektorübergreifenden Investitionskontrollvorschriften .....	329
B. Vereinbarkeit der Meldepflicht mit der Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 63 Abs. 1 AEUV) .....	335
I. Schutzbereichsbetroffenheit der Kapitalverkehrsfreiheit .....	335
II. Fehlender Eingriffscharakter der Meldepflicht in die Kapitalverkehrsfreiheit	338
§ 2 Unionsrechtsverletzung durch die prüfverfahrensrechtlichen Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen .....	342
A. Schutzbereichsbetroffenheit der Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 63 Abs. 1 AEUV)	342
I. Grundsätzliche Betroffenheit des Schutzbereichs von Art. 63 Abs. 1 AEUV	342
II. Unterfallen der gesetzesunmittelbaren Verbote, der Einreichungspflicht und der Verwaltungsakt-Ermächtigungen unter den Schutzbereich der Kapitalverkehrsfreiheit in Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit .....	343
1. Grundsätzliche Betroffenheit des Schutzbereichs von Art. 49 Abs. 1 AEUV	343
2. Bestimmung der Kriterien für die Abgrenzung von Kapitalverkehrs- und Niederlassungsfreiheit und Anwendung auf die sektorübergreifende Prüfung .....	347
a) Skizzierung der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union und Anwendung auf Beschränkungen ausländischer Direktinvestitionen in Unternehmen gem. § 55a Abs. 1 AWV .....	347
b) Kritische Auseinandersetzung mit der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union .....	353
c) Zwischenergebnis zur Abgrenzung der Schutzbereiche von Kapitalverkehrs- und Niederlassungsfreiheit .....	359
B. Die gesetzesunmittelbaren Verbote, die Einreichungspflicht und die Verwaltungsakt-Ermächtigungen als Eingriffe in die Kapitalverkehrsfreiheit .....	359

C. Unmöglichkeit einer unionsrechtlichen Rechtfertigung der gesetzesunmittelbaren Verbote, der Einreichungspflicht und der Verwaltungsakt-Ermächtigungen .....	361
I. Die geringeren Anforderungen an die Rechtfertigungsprüfung im Rahmen eines Drittstaatsenachverhalts .....	361
II. Wahrung der Anforderungen des Art. 65 Abs. 1 Buchst. b) Var. 3 AEUV als Einschränkungsmöglichkeit der Kapitalverkehrsfreiheit durch § 15 Abs. 3 Satz 1 AWG, § 15 Abs. 4 Satz 1 AWG und § 14a Abs. 2 AWG .....	364
1. Das Erfordernis eines betroffenen Grundinteresses der Gesellschaft .....	365
2. Das Erfordernis einer tatsächlichen und hinreichend schweren Gefährdung	368
III. § 15 Abs. 3 Satz 1 AWG, § 15 Abs. 4 Satz 1 AWG und § 14a Abs. 2 AWG als unionsrechtswidrige Konkretisierungen der Einschränkungsmöglichkeit der Kapitalverkehrsfreiheit .....	371
1. Einwand tatbestandlicher Unbestimmtheit der gesetzesunmittelbaren Verbote, der Einreichungspflicht und der Verwaltungsakt-Ermächtigungen .....	372
2. Unverhältnismäßigkeit der gesetzesunmittelbaren Verbote, Verhältnismäßigkeit der Einreichungspflicht und der Verwaltungsakt-Ermächtigungen	374
§ 3 Unionsrechtsverletzung durch die Untersagungs- und die Anordnungsermächtigung (§ 59 Abs. 1 Alt. 1 und Alt. 2 AWV) .....	382
A. Schutzbereichsbetroffenheit der Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 63 Abs. 1 AEUV)	382
B. Die Untersagungs- und die Anordnungsermächtigung als Eingriffe in die Kapitalverkehrsfreiheit .....	382
C. Unmöglichkeit einer unionsrechtlichen Rechtfertigung der Untersagungs- und der Anordnungsermächtigung .....	383
§ 4 Zwischenergebnisse zur Vereinbarkeit der deutschen Investitionskontrollvorschriften mit dem europäischen Unionsrecht .....	388
 <i>Kapitel 5</i>	
<b>Fazit und Ausblick</b>	390
§ 1 Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse in Thesen .....	390
§ 2 Handlungsempfehlungen für Unternehmen in der Praxis .....	395
§ 3 Reformvorschläge für die aktuellen Vorschriften des Außenwirtschaftsgesetzes und der Außenwirtschaftsverordnung .....	399
 <b>Literaturverzeichnis</b> .....	408
 <b>Stichwortverzeichnis</b> .....	456